

# Anlieger müssen weiterhin zahlen

Wolfhagens Parlament lehnt Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab

**Wolfhagen** – So viel Interesse an einer Stadtverordnetensitzung in Wolfhagen hat es in der parlamentarischen Geschichte der Stadt selten gegeben. Die Windräder am Rödeser Berg und die Abschaffung der Fußgängerzone in Wolfhagen hatten vor einigen Jahren ebenfalls zahlreiche Menschen mobilisieren können. Am Donnerstagabend ging es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Um die 100 Bürgerinnen und Bürger waren in die Stadthalle gekommen. Sie alle machten deutlich, was sie von der Abgabe halten – nämlich nichts. Und doch war die Entscheidung am Ende eine andere: Die Ausbaubeiträge werden bleiben.

Die Besucher im Parlament waren nur ein kleiner Teil derer, die zum Verzicht auf die Anliegerabgabe aufrufen. Andreas Reßler und Ralf Meister, beide gehören zur Bürgerinitiative, die seit dem Sommer für eine Beitragsabschaffung kämpft, übergaben im Vorfeld der Sitzung eine Liste mit 1779 Unterschriften an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Christoph Lübcke, und an Wolfhagens Bürgermeister Dirk Scharrer. Und Reßler machte unmissverständlich klar: „Wir fordern alle Abgeordneten auf, für eine Abschaffung zu stimmen“. Und als Entscheidungshilfe fügte er mit Blick auf die Kommunalwahl im März an, dass bezogen auf die Wahlbeteiligung vor fünf Jahren 1700 Stimmen für mehr als 30 Prozent der Wähler stünden.



**Bl übergibt Unterschriften:** In den vergangenen Monaten haben sich 1779 Personen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Bürgermeister Dirk Scharrer (von links) und Stadtverordnetenvorsteher Christoph Lübcke nehmen das Votum von Ralf Meister und Andreas Reßler in Empfang

FOTO: ANTJE THON

Lübcke und Scharrer zeigten sich beeindruckt, ob des starken Votums aus der Bürgererschaft. Gleichzeitig erinnerte der Parlamentschef im Vorfeld des sich anschließenden hitzigen Schlagabtauschs an vorangegangene „konstruktive Debatten, bei denen viele Argumente ausgetauscht wurden und die vom Willen getragen waren, für die Bürger eine gute Lösung zu finden“. Das enorme Ringen in der Frage des Umgangs mit den Beiträgen sei

Ausdruck einer gelebten Demokratie. Das Gleiche gelte für das große Engagement der Bürgerinitiative.

Die Straßenausbaubeiträge haben für das Parlament eine immense Bedeutung. Das hatte sich vollständig mit allen 31 Abgeordneten versammelt. Die hauchdünnen Voten in der jüngsten Vergangenheit beim Umgang mit den Abgaben hatten gezeigt, dass es auf jede Stimme ankommt. Und so war es auch am Donnerstagabend.

Das BWB hatte im Sinne einer maximalen Transparenz eine namentliche Abstimmung gefordert.

Am Ende stand folgendes Ergebnis: Die SPD und das BWB sind geschlossen (15 Abgeordnete) für ihren gemeinsamen Antrag und damit für die Abschaffung der Beiträge. Die Grünen (fünf Abgeordnete) lehnen die Abschaffung ab, neun von zehn Mitgliedern der CDU-Fraktion sind ebenfalls gegen einen Verzicht auf die Beiträge, Chris-

toph Lübcke (CDU) hat sich seiner Stimme enthalten. Niyazi Karahan (AGW) befürwortet den Status Quo und ist damit für eine Beteiligung der Anlieger an den Kosten für den Straßenerhaltung. Somit stimmten am Donnerstag 15 Abgeordnete für und 15 Abgeordnete gegen eine Abschaffung. Und das bedeutet, dass die Bürger weiterhin unmittelbar zur Kasse gebeten werden, wenn Gehwege und kommunale Straßen erneuert werden. **ANTJE THON**

## Ungerecht, unsozial und nicht finanzierbar?

Fraktionen lieferten sich eine leidenschaftliche Debatte über das Für und Wider der Beiträge

Einig sind sich die Fraktionen in einem Punkt: Das Land Hessen soll die Kosten für die Unterhaltung von Straßen übernehmen. Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Gleichzeitig erhöhen die Bürger den Druck, von der finanziellen Last entbunden zu werden, die mit dem Ausbau von Straßen und Gehwegen einhergeht. Wolfhagens SPD-Fraktion hatte bereits 2020 einen Antrag auf Abschaffung der Beiträge vorgelegt. Diese Forderung war in den Ausschuss verwiesen worden und dort untergegangen. An diesen Antrag hatten sich BWB und SPD nun erinnert und gefordert, über ihn abzustimmen. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Argumente der Fraktionen.

### ■ SPD

Eine Entlastung der Bürger und weniger Verwaltungskosten verbindet die SPD mit einer Abschaffung der Beiträge. Beim Verzicht auf die Anliegerabgaben deren Gegenfinanzierung an einer Anhebung der Grundsteuer festzumachen, sei nicht zwingend nötig, sagt Fraktionschef Max Borchardt. Es gebe auch andere Möglichkeiten. So ließe sich ein Wegfall der Beiträge über die Gewerbesteuer oder andere Erträge kompensieren. Das alles sei nun aber gar nicht mehr erforderlich, weil man auf das Sondervermögen des Bundes zurückgreifen könne. Dieses sichere Wolfhagen für

die kommenden zehn Jahre zusätzliche Erträge im Millionenbereich. Borchardt machte deutlich, dass sich die SPD bereits seit vielen Jahren für einen Verzicht auf die Anliegerbeiträge einsetzt.

### ■ Bündnis 90/Die Grünen

Von Ungerechtigkeit sprach auch Matthias Hughes, dessen Fraktion an der Abgabe festhält. In seiner Argumentation war ihm die Unterscheidung zwischen Mieter und Grundstückseigentümer wichtig. Eine spontane Abfrage, wer denn im Saal zur Gruppe der Mieter zähle, bewegte zwei Personen dazu, ihre Hand zu heben. Hughes sprach also vor allem vor Immobilienbesitzern. Und diese, so seine Darlegung, würden vom Ausbau der Straßen profitieren. Ohne eine erschließende Straße sei ein Grundstück wertlos. Das sei auch der Grund, weshalb die Anlieger über Beiträge an den Straßenausbauten beteiligt würden. Zudem erführen die Immobilien durch neue Gehwege und ausgebaute Straße eine Wertsteigerung von zehn bis 20 Prozent. Und diese komme einzig dem Eigentümer zugute und nicht dem Mieter. Auf Letztere allerdings würden die Grundsteuern umgelegt. „Wer einen Funken soziales Gewissen hat, weiß, dass die Abschaffung der Beiträge nicht die Lösung ist“, so Hughes, der von bis 25 Prozent Mindestlohnempfängern

in Wolfhagen ausgeht.

Fraktionskollegin Franziska Schlag schlug vor, die Belastung der Bürger bei den Gehwegen von aktuell 75 auf 45 Prozent zu senken. Das aber, warf Wolfhagens Bürgermeister Dirk Scharrer ein, sei derzeit rechtlich nicht möglich. Die Rechtsprechung lasse eine Absenkung auf maximal 60 Prozent zu.

### ■ CDU

Ein grundsteuerfinanzierter Straßenausbau treffe viele, vor allem aber auch Menschen, die über kein Wohneigentum verfügten, sagt auch CDU-Fraktionschef Uwe Landgrebe und erfragt: „Ist das mit der Grundsteuer gerecht?“ Denn dann müssten auch all jene zahlen, die bereits als Anlieger von erneuerten Straßen über die Beiträge zur Kasse gebeten worden seien. Also auch die Anlieger der Siemensstraße, der Waldstraße und der Wolfhager Straße in Viesebeck. Und man denke nur an die Anlieger der Otto-Hahn-Straße im Gewerbegebiet. Bei einer Abschaffung der Beiträge wären sie fein raus, und alle Bürger müssten die Kosten für eine dortige Sanierung über die Grundsteuer tragen.

Derzeit weise der Etatentwurf ein Defizit von mehr als 600.000 Euro aus. Sollte die Kreis- und Schulumlage steigen, müsste hierfür die Grundsteuer angehoben werden. Allerdings scheint eine Anhe-

bung beider Umlagen für 2026 vom Tisch, wie Bürgermeister Scharrer auf HNA-Anfrage bestätigte. Dass sich mit der Abschaffung der Beiträge die Personalkosten reduzierten, hält Landgrebe für Unfug. „Die Abschaffung ist ja kein Kündigungsgrund für einen Mitarbeiter, der damit befasst ist.“

Florian Axer und Helmut Flörke erinnerten an den Vorschlag der CDU, die prozentualen Spitzen bei den Beiträgen zu kappen und hakten nach, was aus ihrem entsprechenden Antrag im Ausschuss geworden sei. Ihre Frage blieb unbeantwortet. Flörke sagte, dass sich die Stadt einen Verzicht nicht leisten könne. „Wir reiten ein totes Pferd.“

### ■ BWB

Von einem toten Pferd zu sprechen, wenn sich mehr als 1700 Menschen für eine Abschaffung der Beiträge aussprächen – „das ist respektlos“, sagte BWB-Chef Jens Kühle. Aus seiner Sicht ist die Finanzierbarkeit kein Problem. „Wir haben eine neue Situation.“ Mit dem Sondervermögen des Bundes, das auch in die Infrastruktur fließen soll, erhalte Wolfhagen zehn Jahre lang jährlich 576.000 Euro. Dafür ließen sich Straßen erneuern, ohne den Bürgern in die Tasche zu greifen. Beim Stichwort Ungerechtigkeit verwies er auf den Länderfinanzvergleich. Hessen zähle zu den vier Geberlän-

dem. Mit hessischem Steuergeld würden ärmere Länder unterstützt. Zu diesen zähle Nordrhein-Westfalen, wo es keine Straßenausbaubeiträge gebe. „Hessische, also auch Wolfhager Steuerzahler finanzieren den Straßenausbau in NRW, während hessische und damit auch Wolfhager Bürger bei Sanierungen vor Ort zur Kasse gebeten werden.“

Breuna und Bad Arolsen etwa hätten die Anliegergebühren abgeschafft. „Straßenausbaubeiträge sind unsozial.“ Ihm seien Fälle bekannt, wo Kosten von bis zu 30.000 Euro und mehr auf Hausbesitzer zukämen. Was sei daran gerecht, wenn eine alte Frau mit schmaler Rente und kaum Ersparnissen einen fünfstelligen Betrag zahlen soll? Beim Wettbewerb der Kommunen um mehr Neubürger und Gewerbetreibende würden sich Straßenausbaubeiträge als Standortnachteil erweisen. Wer ein Haus bauen oder kaufen wolle, gehe nicht dorthin, wo früher oder später Anliegerbeiträge auf ihn warteten. Insbesondere dann nicht, wenn dies in der Kommune nebenan nicht der Fall sei.

### ■ AGW

Niyazi Karahan, der als einziger Stadtverordneter die AGW vertritt, hat sich an der inhaltlichen Debatte nicht beteiligt und sein Festhalten an den Beiträgen nicht begründet.

ANTJE THON

### TIPP DES TAGES

erlebnisräume

wir machen ihren  
lebensraum lebendig



küchen  
haus winter

anders als andere

www.haus-winter.de

heinrich-hertz-str. 32  
34123 kassel

### KOMMENTAR



### Der Wahlkampf hat begonnen

VON ANTJE THON

Die Straßenausbaubeiträge in Wolfhagen werden bleiben. Ob man das Festhalten von CDU, Grünen und AGW an den Abgaben als standhaft, durchdacht oder starrsinnig bewertet möchte, muss jeder für sich bewerten. Eines aber ist klar, wenn sich 1779 Wolfhager für eine Abschaffung der Beiträge aussprechen, dann sollte man dieser Stimme Gehör schenken. Sie sind ein großer Prozentsatz der Menschen, für die die Kommunalpolitiker antreten sind und von denen sie gewählt wurden.

Viele Kreis Kommunen haben die Abgabe abgeschafft. Unter ihnen auch klamme Gemeinden wie Ahnatal, Espenau und Liebenau, die es sich nach Lesart von Grünen, CDU und AGW eigentlich nicht hätten leisten können. Von einem Haushalt, wie ihn das finanzstarke Wolfhagen hat, können sie nur träumen.

Das Argument der schwierigen Finanzierbarkeit sticht nicht. Einer Kommune, die bei knapper Kasse ist und kein Geld für die Erneuerung von Infrastruktur hat, bekommt auch mit den Ausbaubeiträgen ihrer Bürger nichts gewuppt. Wer die Beiträge aber erhebt, nimmt hohe finanzielle Belastungen der Anwohner in Kauf, die mitunter Existenzen bedrohen. Zudem haben die Bürger bei der Entscheidung, ob ein Gehweg erneuert wird, kein Mitspracherecht. Sie müssen hinnehmen, was beschlossen wird und hoffen, dass niemand auf die Idee kommt, die Straße vor ihrer Tür anzufassen.

Wolfhagen hat eine Chance vertan, mit dem vom Himmel gefallenen Sondervermögen, für das am Ende auch der Steuerzahler aufkommen muss, die Anlieger von Straßen zu entlasten und die Kosten solidarisch zu verteilen. Stattdessen hat der Wahlkampf nun definitiv begonnen.